

Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz

Klima- und Umweltschutz	1
Klimaverträgliche Energiepolitik.....	2
Klimaverträgliche Verkehrspolitik.....	4
Eine Umweltzone für Bonn	4
Klimaverträgliche Flächen- und Baupolitik	6
Organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung zum Masterplan	
Klimaschutz	6
Schutz vor Hochwasser	7
Biologische Vielfalt und Artenschutz	8
Nationalpark Siebengebirge	9
Ökologische Lebensmittel	9
Bonn bleibt gentechnikfrei!	10
Umweltmesse.....	10
Schadstoffsanierung.....	10
Faire Beschaffungspolitik.....	10
Verbraucherschutz	11
Trinkwasser.....	11
Lärm.....	12
Mobilfunk.....	13
Abfallwirtschaftspolitik	14

Klima- und Umweltschutz

Der weltweite Klimawandel ist Realität. Dass der Mensch zweifellos einen entscheidenden Einfluss auf die Veränderung des globalen Klimas hat, wurde mittlerweile durch den Bericht des internationalen Expertengremiums „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) wissenschaftlich belegt. Die vergangenen Jahrzehnte haben deutlich gemacht, dass unsere Wirtschaftsweise und unser Lebensstil, die ganz wesentlich auf der Ausbeutung fossiler Energieträger beruhen, naturunverträglich sind und das Überleben der Menschheit gefährden. Den Städten und Ballungsräumen kommt beim Klimaschutz eine besondere Verantwortung zu, da die meisten Menschen auf der Erde dort leben.

Nach dem Grundsatz „Global denken – lokal handeln“ muss deshalb auch in Bonn eine grundsätzlich andere städtische Entwicklung eingeleitet werden. Das fossile Zeitalter muss auch bei uns sehr schnell zu Ende gehen.

Es ist in der Fachwelt weitgehend unbestritten, dass die CO₂-Belastung weltweit nicht mehr als eine Tonne pro Einwohner/Jahr betragen darf, wenn wir dauerhaft auf dieser Erde überleben wollen. Dieser Wert von aktuellen 315.000 Tonnen für die Stadt Bonn (bezogen auf die Einwohnerzahl 2006) muss nach Aussagen aller ernst zu nehmenden Klimaforscher so schnell wie möglich erreicht sein, spätestens zur Mitte dieses Jahrhunderts. Konkret heißt dies, dass wir in Bonn bis zum Jahr 2050 unsere CO₂-Emissionen von jetzt 2,3 Millionen Tonnen CO₂/Jahr bzw. 7,4 Tonnen pro Einwohner/Jahr um ca. 87 Prozent senken müssten, um die gewünschten Werte zu erreichen. Diese prozentuale Minderung entspräche den Forderungen des IPCC an die Industriestaaten, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent zu senken. Auf das Jahr umgerechnet bedeuten die Zahlen, dass die CO₂-Emissionen im Stadtgebiet bis zum Jahr 2050 jedes Jahr im Durchschnitt um zwei Prozent gesenkt werden müssen bzw. pro Jahrzehnt um 20 Prozent (Anmerkung: in den Jahren 1987 bis 2000 betrug die durchschnittliche jährliche CO₂-Minderung einschließlich des Verkehrsbereichs ca. 0,6 Prozent).

Die Stadt Bonn soll beim Klimaschutz Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger sein und konsequent dazu beitragen, dass sich Politik und Lebensstil in Bonn an global gerechten Klimaschutz-Zielen orientieren.

Es ist genug über den Klimaschutz geredet worden, nun sollten wir endlich handeln!

Wir GRÜNE wollen für die Stadt einen „Masterplan Klimaschutz“: ein umfassendes Programm zum Erreichen der von der Politik beschlossenen Klimaschutzziele, an dem alle städtischen Bereiche beteiligt werden:

Klimaverträgliche Energiepolitik

Die Energiepolitik folgt dem Grundsatz der „drei großen E“: Vorrang für **Energieeinsparung** und **Energieeffizienz**, Deckung des verbleibenden Energiebedarfs durch **Erneuerbare Energien**. Konkret bedeutet das:

1. Konsequente Förderung von Photovoltaik und Solarthermie. Nach einer Studie der Kreissparkasse Köln und des Rhein-Sieg-Kreises liegt das große Potenzial bei

Erneuerbaren Energien für die Stadt Bonn in der Nutzung ihrer zahlreichen Dachflächen.

2. Um die Bürgerinnen und Bürger auch finanziell beim Klimaschutz zu unterstützen, sollen im Haushalt der Stadt umfangreiche Mittel für Förderprogramme für Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien bereitgestellt werden.

3. Folgende Einzelmaßnahmen sind bei den stadteigenen Gebäuden und Einrichtungen zu realisieren:

- a) Wärmedämmung und energetische Modernisierungsmaßnahmen an allen städtischen Gebäuden (soweit noch nicht geschehen)
- b) Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und EnergieContracting bei öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften
- c) Neubau öffentlicher Gebäude im Passivhausstandard
- d) Bezug von 100 Prozent Naturstrom für alle öffentlichen Gebäude
- e) Ausschließlicher Einsatz energieeffizienter Geräte (Geräte der Energieeffizienzklasse A+(+))
- f) Ausschließlicher Einsatz von Energiesparlampen
- g) Einsatz von Schalteleisten, um den nicht notwendigen Standby-Betrieb von Geräten weitgehend auszuschließen
- h) Das städtische Gebäudemanagement ist zu beauftragen, bei Renovierung oder Neubau städtischer Gebäude die Dächer und Fassaden („Fassadenkraftwerke“) mit Photovoltaik auszustatten. Außerdem soll die Verwaltung aufgefordert werden, die Dächer der öffentlichen Gebäude unter bestimmten Voraussetzungen für private Photovoltaik-Anlagenbetreiber freizugeben, die eine Solaranlage installieren wollen, aber kein eigenes geeignetes Dach besitzen.

4. Die Stadtwerke Bonn (SWB) sind aufzufordern, den Anteil des durch Erneuerbare Energien erzeugten Stroms in ihrem Portfolio auf 50 Prozent zu erhöhen. Dampf aus der thermischen Behandlung des Mülls in der Müllverbrennungsanlage wird aufgrund des weitgehend fossilen Ursprungs der brennbaren Stoffe dabei nicht berücksichtigt.

Die SWB sollen sich außerdem verstärkt für die Energiewende durch direkte Beteiligungen an Kraftwerksneubauten engagieren, die ausschließlich mit

Erneuerbaren Energien Strom erzeugen oder moderne Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sind.

5. Die Bedeutung von Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien soll von der Stadt und den Stadtwerken in einer dauerhaften lokalen (Image)-Kampagne den Bürgerinnen und Bürgern nahe gebracht werden.

Klimaverträgliche Verkehrspolitik

Der PKW- und LKW-Verkehr hat einen erheblichen Anteil an den CO₂-Emissionen und anderen Schadstoffen. Der Modal-Split in Bonn (Aufteilung der Verkehrswege auf die verschiedenen Verkehrsträger) ist deshalb konsequent zugunsten des Umweltverbundes zu verändern. Der Anteil der Verkehrsarten des Umweltverbundes kann bis zum Jahr 2012 von 58 Prozent (zu Fuß 25%; Fahrrad 17%; ÖPNV 16%) auf 70 Prozent gesteigert werden. Gemäß der Erhebung sehen wir dabei insbesondere Steigerungsmöglichkeiten beim Fahrradverkehr. So beträgt etwa der Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehrsvolumen in Münster 35,1 Prozent.

Neben den Maßnahmen, die im Kapitel Verkehr beschrieben sind, gehören zu einer klimaverträglichen Verkehrspolitik:

1. Die Einrichtung einer Umweltzone Innenstadt
2. Beschaffung ausschließlich emissionsarmer Dienstfahrzeuge mit Einhaltung der im Sinne der künftigen EU-Norm von höchstens 120 Gramm CO₂ pro Kilometer
3. Verzicht der städtischen Bediensteten auf Inlandsflüge und Beitritt zum klimafreundlichen Kompensationssystem von „atmosfair“ bei Auslandsreisen

Eine Umweltzone für Bonn

Spätestens mit der Verschärfung der EU-Regeln zur Luftreinhaltung im Jahr 2010 bekommen etliche Städte Probleme mit den Grenzwerten für Feinstaub und vor allem für Stickoxide – so auch Bonn.

Als Feinstaub bezeichnet man kleine Schwebeteilchen mit einer Korngröße von weniger als zehn Mikrometern. Sie sind damit winziger als ein Zehntel eines menschlichen Haares.

Eine Quelle für Feinstaub ist der Verkehr, insbesondere sind es die dieselbetriebenen Fahrzeuge. Auch bei Verbrennungsprozessen in Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen sowie bei industriellen Prozessen wird Feinstaub erzeugt.

Die kleinen Feinstaubteilchen stellen ein hohes Gesundheitsrisiko dar. Sie können tief in die Lunge eindringen und sich dort festsetzen. Teilweise gelangen sie über Atemwege und Blutkreislauf in die menschlichen Organe. Die häufigsten Erkrankungen sind Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Versagen und Lungenkrebs.

Zahlen der EU-Kommission belegen, dass in Europa pro Jahr knapp 300.000 Menschen an Folgen der Feinstaubemissionen sterben. Laut einer weiteren Studie sind es 65.000 jährlich in Deutschland. Besonders betroffen sind Kinder bis zu vier Jahren.

Die steigende Umweltbelastung lässt erwarten, dass auch in Bonn die Grenzwerte in naher Zukunft überschritten werden.

Stickoxide schädigen Bronchien und Lungen, verursachen Halsschmerzen und Asthma. In Kombination mit Sonnenlicht fördern sie die Entstehung von Ozon, das für den Sommersmog verantwortlich ist. In zwei Jahren dürfen im Jahresmittel täglich nur noch 40 Mikrogramm Stickoxide in einem Kubikmeter Luft enthalten sein.

An vielen Straßen Bonns (Reuterstraße, Konrad-Adenauer-Platz, Berta-von-Suttner-Platz, Bornheimer Straße, Wittelsbacher Ring) wird der Grenzwert nach den aktuellen Messwerten im Jahr 2010 nicht eingehalten werden können.

Anders als bei der Feinstaubbelastung, die zu etwa drei Vierteln durch andere Faktoren als den lokalen Verkehr verursacht wird, sind die Auspuffrohre der Autos Hauptquelle der Stickoxide.

Auf Weisung der Bezirksregierung muss die Stadt Bonn nun einen Luftreinhalteplan aufstellen.

Die Maßnahmen der Verwaltung beschränken sich bisher allerdings darauf, den Verkehrsfluss auf der Reuterstraße zu verbessern und eine Pfortnerampel zu installieren (mit Rückstaugefahr auf die Autobahn). Das Vorhaben, den Gebrauch eines Jobtickets oder des Fahrrads als Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten, ist bisher eher halbherzig verfolgt worden.

Die Verwaltung und die anderen Fraktionen im Stadtrat scheuen die Einrichtung einer Umweltzone wie der Teufel das Weihwasser.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN dagegen sind der Überzeugung: Nur mit einer großflächigen Umweltzone, die den ganzen Innenstadtbereich umfasst, können die

neuen EU-Grenzwerte eingehalten und somit die Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheitsgefährdungen geschützt werden!

Klimaverträgliche Flächen- und Baupolitik

Das Potenzial für Bauflächen ist in Bonn weitgehend ausgeschöpft. Die Ausweisung größerer zusammenhängender Baugebiete wäre nur durch Opferung klimatisch und ökologisch wertvoller Bereiche möglich. Das können Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht unterstützen.

Um weiter benötigten Wohnraum zu schaffen, wird in Zukunft nur noch eine Verdichtung in geeigneten Teilen der Stadt in Frage kommen.

Weitere Maßnahmen sind im Kapitel Stadtplanung und Wohnen beschrieben.

Die Stadt soll aber nicht isoliert und allein den Klimaschutz voran bringen.

Deshalb:

Einbeziehung der Wirtschaft in den Masterplan Klimaschutz

1) Die Stadt sollte mit der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer Bonn dahingehend Kontakt aufnehmen, die ortsansässigen Unternehmen in den Masterplan Klimaschutz einzubeziehen.

2) Die Stadt sollte mit der Sparkasse KölnBonn dahingehend Kontakt aufnehmen, dass ein BürgerInnenfonds für klimagerechte Geldanlagen aufgelegt wird. Kreditvergaben sollen sich künftig am Kriterium der Klimafreundlichkeit orientieren.

Einbeziehung von Schulen in den Masterplan Klimaschutz

Die Stadt soll dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche an allen Bonner Kindergärten und Schulen über die Problematik des Klimawandels und die Ziele des globalen und lokalen Klimaschutzes informiert werden.

Organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung zum Masterplan Klimaschutz

1. Auch wenn Klimaschutz eindeutig eine Querschnittsaufgabe für Politik und Verwaltung ist, so ist er ebenso eine Führungsaufgabe von höchster Bedeutung. Der grüne Oberbürgermeister-Kandidat Peter Finger wird im Falle seiner Wahl deshalb

umgehend eine Stabsstelle zum Klimaschutz schaffen. Aufgaben der Stabsstelle sind u. a.:

- a) Entwicklung von Kennzahlen zum Klimaschutz und einer Beschlussvorlage an die Politik („Was muss bis wann erreicht sein?“)
- b) Erstellung eines CO₂-Emissionsberichts und – darauf aufbauend – einer jährlichen CO₂-Bilanz als Vorlage für den Rat, aus der hervorgeht, in welchem Umfang eine Verminderung klimaschädlicher Emissionen bereits erreicht ist
- c) Umsetzungskontrolle für den Klimaschutz-Masterplan und die beschlossenen Kennzahlen
- d) „Klima-Check“ für alle städtischen Beschlussvorlagen, ob sie den beschlossenen Klimaschutz-Zielen entsprechen
- e) Fortlaufende Information an das ICLEI-Netzwerk, die Vereinten Nationen und weitere Institutionen und Interessengruppen über Entwicklungen und Ergebnisse der Bonner Klimaschutz-Politik

2. Die Verwaltung würde unter der Leitung Peter Fingers für eine konsequente, umweltfreundliche Beschaffung sorgen, das heißt für den Einsatz von Produkten aus nachhaltiger Bewirtschaftung, mit FSC-Siegel, mit Blauem Engel, aus fairem Handel, aus der Region bzw. mit Öko-Siegel.

3. Die Stadtverwaltung würde ansiedlungswillige Unternehmen dabei beraten, wie sie ihren Energieverbrauch auf das Mindestmaß senken und erneuerbare Energien nutzen können - ggf. durch Hinzuziehung sachkundiger Dritter (Energieagentur NRW, Energieberatung, Beratung im Rahmen von Ökoprofit).

4. Die Stadt würde sich weiterhin am Klimabündnis von über tausend europäischen Städten und Gemeinden, am European Energy Award, an der bundesweiten Kampagne SolarLokal sowie an der „Solar-Bundesliga“ und mit ihren eigenen Betrieben und Verwaltungseinheiten am Beratungsprogramm Ökoprofit beteiligen.

Schutz vor Hochwasser

Bonn ist durch die Rheinlage nicht nur begünstigt, sondern auch von Hochwässern bedroht. GRÜNE Politik fordert von der Bauverwaltung der Stadt Bonn die verstärkte Fortführung der bereits seit Jahren bekannten und wirksamen Maßnahmen gegen hohe Rheinwasserstände und deren Folgeschäden. Dies sind:

1. Entsiegelung von geteerten Flächen
2. Versickerung von (Dachflächen-)Niederschlagswässern im Boden statt Einleitung in das Abwassersystem
3. Renaturierung von Bachläufen, z. B. auch als Ausgleichsmaßnahme bei umweltrelevanten Bauvorhaben
4. Zusammenarbeit mit anderen Rheinanliegern zur Ausweisung von Überflutungsflächen
5. Fortführung der Schutzmauerbauten unter Verwendung von Landesmitteln
6. Einrichtung eines Online-Regenradars auf den Webseiten des Bonner Umweltamtes sowie eines Online-Rheinpegels bei Hochwassergefahr

Biologische Vielfalt und Artenschutz

Im Mai 2008 war die Stadt Bonn Gastgeberin für die internationale Biodiversitätskonferenz.

Dabei wurde allgemein festgestellt, dass der Erhalt der Artenvielfalt ganz oben auf der Prioritätenliste der Nachhaltigkeit rangiert. Genau wie der Pandabär in China, der Blauwal in den Weltmeeren und der Orang-Utan auf Borneo sind es bei uns die vergleichsweise unscheinbare Wechselkröte, die Rauhhautfledermaus und der Moorbläuling, die auf der Liste der meistbedrohten Lebewesen stehen. Doch wo diese Tiere heute noch anzutreffen sind, sind sie Indikator für (halbwegs) intakte Lebensräume.

Deswegen engagieren wir uns für den Erhalt von Biotopen, die Schaffung von Biotopvernetzungen und den Erhalt von Lebensräumen.

Wir lehnen die Flächennutzungsplanänderung in Niederholtorf-Süd ab und plädieren für den weitestgehenden Erhalt alter Bäume als Nisthöhlen für bedrohte Vogel- und Fledermausarten.

Der Schutz von Blütenbesuchern wie Wild- und Honigbienen ist nicht nur für den Erhalt der Artenvielfalt, sondern auch der Lebensräume notwendig. Und ohne Biene keine Ernte!

Biologische Vielfalt lässt sich von hier aus auch in anderen Ländern erhalten. DIE GRÜNEN haben z. B. ein Verbot der Verwendung von Tropenholz ohne FSC-Siegel bei der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt Bonn bewirkt.

Nationalpark Siebengebirge

Die Bonner GRÜNEN befürworten die Ausweisung eines Nationalparks Siebengebirge, um das Gebiet als ökologisch wertvollen und landschaftlich schönen Naturraum dauerhaft zu erhalten. Hierbei setzen wir auf die Einhaltung internationaler ökologischer Standards. Zu einem Nationalpark light, der zum Präzedenzfall durch die Aufweichung der Naturschutzstandards wird, werden wir unsere Zustimmung nicht geben. Wir treten für einen sanften Tourismus ein, der den Besucherinnen und Besuchern die vielfältige Natur des Siebengebirges nahe bringt. Zu einem sanften Tourismus gehört auch ein ökologisches Verkehrskonzept, das auf Bahn und ÖPNV setzt. Eine Mehrbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner durch den Autoverkehr darf es nicht geben. Auch die Verknüpfung der Nationalparkgedankens mit einer wieder aufgewärmten Debatte über den Bau eines Zubringers zur A3 lehnen wir ab. Das Siebengebirge wird von vielen Anwohnerinnen und Anwohnern als Naherholungsgebiet genutzt. Dies soll auch so bleiben. Eine Ausweisung als Nationalpark kann nicht über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg beschlossen und realisiert werden, sondern nur mit ihnen. Sollte sich das Vorhaben Nationalpark als nicht durchführbar erweisen, werden wir uns für die Ausweisung des Siebengebirges als Biosphärenreservat einsetzen.

Ökologische Lebensmittel

Die Versorgung mit gesunden und umweltgerecht produzierten Lebensmitteln ist heute eigentlich kein großes Problem mehr, in den meisten Geschäften und Märkten sind sie mittlerweile im Standard-Angebot.

Für diejenigen, die sich aber fragen, ob Bio auch wirklich immer Bio ist und wo man die entsprechenden Biowaren kaufen kann, haben wir eine Broschüre zur Orientierung erstellt.

Auch in Bonn werden Biolebensmittel angebaut. Allerdings gibt es nur noch wenige landwirtschaftliche Betriebe. Unsere Aufgabe muss sein, dass wir auf einer Fläche wie dem Meßdorfer Feld die Vision vom ausschließlich biologischen Anbau mittelfristig in die Realität umsetzen.

Bonn bleibt gentechnikfrei!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Wir fordern die Stadt und hier ansässige Betriebe und Einrichtungen auf, sich der Aktion „Gentechnikfreie Region“ anzuschließen.

Umweltmesse

Bonn bietet ein breites Spektrum von ökologisch orientierten Unternehmen. Viele von ihnen haben wir in unserem Einkaufsführer „Bio für Bonn“ aufgelistet. Das reicht von Bioläden und dem Ab-Hof-Verkauf bis hin zu Konzernen der Energiewirtschaft. In diesem Sektor gibt es überdurchschnittliche Wachstumsraten. Arbeitsplätze in ökologisch orientierten Unternehmen sind besonders zukunftssicher. Bonn als Stadt des Klimaschutzes und als Standort des entsprechenden UNO-Sekretariats sollte diese Stärken selbstbewusster präsentieren und weiter ausbauen. Darum wollen wir eine Messe der umweltorientierten Bonner Wirtschaft.

Schadstoffsanierung

Bis heute sind noch nicht alle Schulen und öffentliche Gebäude der Stadt Bonn schadstoffsanierd – angeblich aufgrund fehlender Haushaltsmittel. Diesen Zustand wollen wir beenden. Unsere Kinder in Kitas und Schulen haben ein Recht auf saubere Atemluft. Wer Sanierungsstaus auflaufen lässt, vernichtet Werte; wer energieeffizient und gesundheitsorientiert saniert, schafft dagegen Werte. Es ist also nicht nur moralisch, sondern gerade auch ökonomisch geboten, hier entschlossen und schnell zu handeln.

Faire Beschaffungspolitik

EU-Richtlinien erlauben es ausdrücklich, bei öffentlichen Ausschreibungen nicht nur das billigste Angebot zu wählen, sondern ökologische und soziale Kriterien festzulegen. Auf Initiative der GRÜNEN hat der Stadtrat Ende 2007 einen Beschluss gefasst, diese Möglichkeiten voll auszuschöpfen: städtische Beschaffung und öffentliche Aufträge sollen sich an Kriterien des Fairen Handels (keine Kinderarbeit, Einhaltung der Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation) und ökologisch nachhaltiger Produktion orientieren. Was noch aussteht, ist eine konsequente Umsetzung des Ratsbeschlusses durch die Stadtverwaltung. Grabsteine aus Kinderarbeit oder Tropenholzerzeugnisse auf der Opernbühne – dies

sind nur zwei peinliche Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit – darf es in Bonn nicht mehr geben. Hier ist eine bessere Information und Fortbildung nötig.

Verbraucherschutz

Die Konsumwelt wird immer komplizierter, viele Verbraucherinnen und Verbraucher stolpern in Verträge, aus denen sie ohne Hilfe oft nicht mehr herauskommen.

Die Verbraucherberatungsstelle in Bonn arbeitet sehr erfolgreich und effektiv. Die Beratungsnachfrage ist so groß, dass die Räumlichkeiten in der jetzigen Form nicht mehr ausreichen. Die telefonische Nachfrage ist so umfangreich, dass die Erreichbarkeit oft nicht mehr gegeben ist.

Die GRÜNEN setzen sich für eine Erhöhung des städtischen Finanzierungsanteiles für die Verbraucherberatungsstelle ein.

Trinkwasser

Wasser ist ein Lebensmittel. Es unterliegt daher besonderer Aufmerksamkeit. Bonner Wasser kommt ganz überwiegend aus der Wahnbachtalsperre. Es wird in den Wasserwerken des regional-kommunalen Wahnbachtalsperrenverbandes (WTV) aufbereitet und vertrieben, der von den Stadtwerken Bonn verwaltet wird.

Die Verlagerung der Landes-Trinkwasser-Aufsicht auf die kommunalen Gesundheitsämter und auf die Wasserwerke war aus Sicht von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein Rückzug des Landes NRW aus der gesundheitlichen Verantwortung. GRÜNE Politik wendet sich gegen solche Tendenzen zur Deregulierung und Privatisierung staatlicher Aufgaben, die die Sicherheit der Bevölkerung gefährden.

An Wasservorräten zur Trinkwasserproduktion für Bonn fehlt es auch bei längerer Trockenheit nicht, solange die Zuflüsse zur Wahnbachtalsperre fließen und gute Qualität liefern. Dies liegt nicht in Bonner Händen. Trinkwasserpreise hingegen werden vom WTV und der SWB kalkuliert. Die GRÜNEN in den Aufsichtsgremien werden auf die Beibehaltung moderater Wasserpreise bei sorgfältiger Qualitätskontrolle drängen. Dies sollte bei guter Betriebsführung trotz der Kosten für eine moderne Aufbereitung des Wassers und der chemischen Überwachungsanalysen möglich sein.

In Bonner Altbauten, auch in städtischen Liegenschaften, gibt es noch zu viele Wasserleitungen aus Blei. Entgegen verbreiteter Vorstellungen schützt

Kalkniederschlag in den alten Rohren nicht vor Bleiauswaschungen ins Trinkwasser. Kleinst- und Kleinkinder sind durch Bleispuren im Trinkwasser besonders in der Entwicklung des zentralen Nervensystems gefährdet. Blei ist außerdem kürzlich als krebserregend erkannt worden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden ein Bleikataster anregen, um Kinder zu schützen und Vermieter und Hausbesitzer zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen anzuregen.

Lärm

Umgebungslärm wird als belastend empfunden oder auch nur als lästig. Durch den Eisenbahn-, Stadtbahn-, Straßen- und Wasserverkehr (s. Bonner Lärmkarten auf www.bonn.de), Großflugzeuge, Hubschrauber und Kleinflugzeuge aus Hanglar und die Zunahme weiterer Geräuschquellen wie Kleinmaschinen in Gewerbe und Garten gibt es in den Bonner Zentren tags und nachts kaum noch Ruhe. Autobahnen, Frachtflugzeuge und Güterzüge führen zu noch heftigerem Lärmdruck.

Unabhängig von der subjektiven Empfindung kann permanenter Lärm durch die Auslösung von Stresshormonen krank machen!

In kommunalen und überörtlichen Gremien kämpfen die GRÜNEN für lärmindernde Maßnahmen und machen dabei die Erfahrung, dass Lärm selten als Problem ernst genommen wird. Die Verwaltungen erscheinen nicht als Sachwalter der Gesundheit der betroffenen Menschen, sondern unterstützen bevorzugt ökonomische Interessen.

Entsprechend zäh verläuft die Umsetzung der Europäischen Umgebungslärm-Richtlinie, die erstmals neben Lärmkartierungen auch die Planung von Gegenmaßnahmen unter Einbezug der Bevölkerung vorschreibt, wenn Lärmschwellen überschritten werden. Mit einer unglaublichen Ignoranz hat die Landesregierung in ihrer Durchführungsverordnung die Lärmschwelle für Maßnahmen auf 70 dBA angehoben – dies sind zum Beispiel 11 dBA mehr, als das Bundesimmissionsschutzgesetz für Straßenlärm zulässt und entspricht damit einem ca. vierfachen Lärmpegel!

Ganz ähnlich wird mit der Maschinenlärmverordnung umgegangen. Zwar gilt zum Beispiel für ungedämpfte Laubsauger und Rasenkantenschneider, dass man sie nur eingeschränkt bzw. zu ausgewählten Tageszeiten betreiben darf. Die Kontrolleure hierfür sitzen jedoch nicht in der Stadt, sondern beim Regierungspräsidenten in Köln. Und noch schöner – es gibt keinen einzigen zertifizierten schallgedämpften

Rasenkantenschneider auf dem Markt! Auch herkömmliche Rasenmäher und Kettensägen sind nicht wirklich geräuscharm.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten deshalb für folgende Maßnahmen ein:

- Sinnvolle Auslegung, Anwendung, Beachtung und Kontrolle vorhandener Richtlinien und Gesetze zur Lärmbekämpfung sowie die angemessene Sanktionierung bei deren Nichteinhaltung
- Bildung einer Querschnitts-Arbeitsgruppe „Lärm“ aus Verwaltungsfachleuten mit Zielvorgaben aus den politischen Gremien
- Mittelfristige allgemeine Maßnahmenplanungen mit Bürgerbeteiligung in stark lärmbelasteten Zonen
- Verwendung von „Flüsterasphalt“ bei innerstädtischen Fahrbahnerneuerungen
- Geschwindigkeitsverringern auf den umgebenden Autobahnen
- Bau von Lärmschutzwänden an Brennpunkten
- Satzungserlasse für das Stadtgebiet zum verminderten bzw. eingeschränkten Einsatz von gewerblichen und privaten Kleinmaschinen
- Satzungserlasse mit Einschränkungen für den Überflug des Stadtgebietes durch Sportflugzeuge
- Startkontingente für Sportflugzeuge in Hangelar an Wochenenden und Feiertagen sowie nach 19 Uhr
- Schaffen von lärmarmen Schutzzonen in allen Stadtteilen, bevorzugt in Parks und Wohnanlagen

Mobilfunk

Bürgerinnen und Bürger sind besorgt über Funkmasten, die in großer Zahl für die Versorgung des Mobiltelefonnetzes errichtet werden. Sie befürchten krankmachende Strahlungen besonders in der Nähe von „sensiblen“ Einrichtungen (Kittas, Schulen).

Bündnis 90/DIE GRÜNEN nehmen diese Sorgen ernst und werden sich auch in Zukunft für verträgliche Standorte von Sendemasten einsetzen. Auch die Ausstattung von Schulen mit der W-LAN-Technik muss kritisch hinterfragt werden.

Abfallwirtschaftspolitik

In der Abfallwirtschaft ist die Stadt Bonn im Vergleich zu vielen anderen Kommunen gut aufgestellt. Durch das Abfallwirtschaftsamt wurde ein umfangreiches System für die getrennte Abfallsammlung geschaffen. Das Angebot der grauen, gelben und blauen Tonne sowie der Biotonne ermöglicht eine komfortable Abgabe vor der eigenen Haustür, das durch Sammelcontainer und Annahmestellen für spezielle Abfälle wie Elektroschrott und Sonderabfälle ergänzt wird. Die Verwertungsquote des Bonner Abfalls lag im Jahre 2007 bei 57,5 Prozent. Entscheidende Weichen für die erfolgreiche Abfallwirtschaft wurden Ende der 90er Jahre gestellt, als eine rot-grüne Mehrheit die Privatisierung der Abfallwirtschaft verhinderte. Wie die Erfahrung aus anderen Kommunen zeigt, ist die Stadt Bonn damit entgegen dem damaligen Trend den richtigen Weg gegangen.

Die Abfallwirtschaft der 90er Jahre wurde in Bonn – wie auch in etlichen anderen Kommunen – durch eine Reihe gravierender Bestechungsskandale belastet, deren Folgen bis heute spürbar sind. Wir werden uns daher wie bisher für eine höchstmögliche Transparenz bzgl. der Stoff- und Finanzströme im Müllbereich einsetzen.

Die Stadt Bonn verfügt über eine Müllverbrennungsanlage (MVA), in der der nicht-verwertbarer Bonner Restmüll verbrannt wird. Da das tatsächliche Pro-Kopf-Müllaufkommen heute sehr viel geringer ist, als man beim Bau der Maschine vorausgesetzt hatte, wird die MVA nur zu einem Drittel durch den Müll der Bonner Haushalte ausgelastet. Die restlichen Kapazitäten werden durch längerfristige Entsorgungsverträge sowie stets neu zu akquirierende Abfallmengen ausgeschöpft. In der laufenden Ratsperiode haben wir uns gemeinsam mit einer Bürgerinitiative gegen die Stimmen der CDU, SPD und FPD erfolgreich gegen den Ausbau der MVA gestemmt, deren Kapazitäten um bis zu 75 Prozent erweitert werden sollten. Die Ausbaupläne wurden mittlerweile zu den Akten gelegt, da sie sich als unrentabel erwiesen haben. Allenfalls sollten die überzähligen MVA-Kapazitäten zur Entsorgung des Abfalls aus benachbarten Kommunen genutzt werden. Mülltourismus wie die Anlieferungen aus Neapel zur Auslastung der Verbrennungskapazitäten lehnen wir ab.

Die Bonner MVA ist keine Dreckschleuder wie manche andere Müllverbrennungsanlage insbesondere der ersten Generation. Dennoch belastet sie

mit ihren Emissionen von Stickoxiden, Dioxinen/Furanen, Quecksilber und anderen Schadstoffen die Luft in einem Stadtgebiet, das aufgrund seiner Kessellage durch einen geringen Luftaustausch geprägt ist. Die Filtertechnik der MVA muss, den technischen Fortschritt nutzend, stetig aufgerüstet werden, um die Umweltbelastung durch die Müllverbrennung so gering wie möglich zu halten. Da eine beträchtliche Zusatzbelastung der Luft durch die Mülltransporte per LKW verursacht wird, fordern wir den längst überfälligen Gleisanschluss der MVA.

In Zeiten knapper werdender Rohstoffe muss sich die Abfallpolitik zur Ressourcenpolitik weiter entwickeln. Immer mehr Rohstoffmengen befinden sich im menschlichen Gebrauch, immer weniger verbleiben an natürlichen Reserven. Die Wegwerfmentalität früherer Jahrzehnte können sich die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr leisten. Abfälle stellen Rohstoffe zur Herstellung neuer Produkte dar. Güter müssen so beschaffen sein, dass sie nach ihrer möglichst langen Gebrauchsphase umweltfreundlich und effektiv weiterverarbeitet werden können. Verpackungen müssen sparsam und umweltfreundlich gestaltet werden. Recycling hilft, CO₂-Emissionen zu vermeiden und trägt damit nicht nur zur Ressourcenschonung, sondern auch zum Klimaschutz bei. Langfristig streben wir eine Verwertungsquote der Abfälle von 100 Prozent an. Dann werden wir auf die Technik der Müllverbrennung verzichten können.